

Grosser Gemeinderat

Worb, 13. Oktober 2020

## **398. Sitzungsprotokoll**

Termin	Montag, 12. Oktober 2020, 19:30 Uhr
Sitzungsende	20:35 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Büchel-Wampfler Sandra (SP), Präsidentin
1. Vizepräsident	Fivian Bruno (SVP)
2. Vizepräsident	Suter Michael (FDP)
1. Stimmzähler	Santschi Jürg (BDP)
2. Stimmzähler	Federer Guido (SP)
Mitglieder	Cetin Christopher (EVP) Moser-Utiger Silvia (EVP) Stauffer Michael (EVP) Stöckli Rolf (EVP)  Christensen Sven (FDP) Hager Rolf (FDP) Lanfranconi Elena (FDP) Schweizer Hans Peter (FDP) Stucki Daniel (FDP)  Jorio Marco (GLP) Jost-Pfister Catarina (GLP)  Aebersold Daniel (SVP) Fiechter Niklaus (SVP) Howald Lichtenberger Heidi (SVP) Kohli Stephan (SVP) Steinmann Hans Ulrich (SVP) Stucki Simon (SVP) Waber Karin (SVP) Zingg Stephan (SVP)  Bircher Andreas (SP) Cavargna Tiziano (SP) Flentje Burkhard Sibylle (Grüne) Goetschi Thomas (SP) Heil Günter (Grüne) Hodler Adrian (SP) Marthaler Matthias (SP) Von Arx Roland (Grüne) Wenger Claude (Grüne) Zimmermann Noemi (SP)
Abwesend	Cetin Mayk (EVP) Hofer Thomas (BDP) Könitzer Patrick (FDP)

Marchand Andy (FDP)  
Rothenbühler Marc (FDP)  
Zwyer Lukas (BDP)

Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Kölliker Lenka (ab 19.47 Uhr; Geschäft Nr. 3) Lädrach Markus Moser Christoph Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

**Geschäfte**

1. 12/0/0 Parlament  
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament  
Protokoll der Sitzung vom 7. September 2020: Genehmigung
3. 21/0 Finanzplanungen  
"Schuldenbremse im Gesetz verankern", Motion der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
4. 32/0 Liegenschaften des Verwaltungsvermögens  
"Investitionen 2019", einfache Anfrage der GLP/BDP-Fraktion: Stellungnahme
5. 32/2/8 Schulanlage Worboden Worb (Parzelle 2241)  
Oberstufenzentrum Worboden, Sanierung Gebäudehülle; Projektierung: Kreditbewilligung
6. 33/20/4 Parkplätze, Verkehrsinseln, Rabatten  
"Parkplatzgestaltung Hofmatt", einfache Anfrage der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme
7. 35/60 Umweltschutz  
Kommunale Energiepolitik, Reglement über die Spezialfinanzierung Nachhaltigkeit im Energiebereich (SNE): Genehmigung
8. 12/0/0 Parlament  
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

## Traktandenliste

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Für mich sehr schade. Aber mit dem Blick auf die Menge und den Inhalt der Anträge, welche der Gemeinderat heute bekommen hat, ziehe ich das Geschäft Nr. 7, Reglement über die Spezialfinanzierung Nachhaltigkeit im Energiebereich, zurück. Wie bereits gesagt, es ist sehr schade, denn ich bin immer noch fest überzeugt, dass wir heute ein mehrheitsfähiges und nachhaltiges Reglement über die Energieförderung hätten einführen können. So verlieren wir nun ein Jahr. Dies ist halt der politische Prozess, welchen wir so eingehen können. So sind jedoch zu viele Anträge, Unsicherheiten und rechtliche Abklärungen, welche man nochmals machen muss. Und man muss die Verordnung wieder dem Reglement anpassen. Ich bitte die Fraktionen, jetzt wo das Geschäft noch allen präsent ist, bis nächsten Montag dem Departement Umwelt Vorschläge einzureichen, was man an diesem Reglement ändern soll. Dann gehe ich wieder zurück auf Feld 1. Dies heisst in die Umweltkommission, Gemeinderat, FIKO, GPK und komme dann wieder in den Grossen Gemeinderat.

### Feststellung:

Der Gemeinderat zieht das Geschäft "Kommunale Energiepolitik, Reglement über die Spezialfinanzierung Nachhaltigkeit im Energiebereich (SNE): Genehmigung" zurück. Die Traktandenliste wird entsprechend angepasst. Ansonsten bleibt die Traktandenliste unbestritten.

## Verhandlungen

### Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 398	12.10.2020	1	2017/21-296	143	12/0/0

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: "Wie steht es eigentlich mit der Stationsstrasse? Wann passiert dort endlich etwas?" Das werden wir von Worber Bürgerinnen und Bürgern in letzter Zeit immer wieder gefragt. Zur Erinnerung: Zwischen November 2018 und Juni 2019 haben Beteiligungsforen mit Pendlern, Anwohnern, Bauern, Vertretungen von Gewerbe, Schule, Vereinen, Politik und Verwaltung stattgefunden, um eine Lösung für den Schleichweg Stationsstrasse – Gsteigweg zu finden. Das Resultat ist: Die Strasse soll bei der Sanierung auf ihre ursprüngliche Breite zurückgebaut werden. Es soll ein paar definierte Ausweichstellen geben. Auf der Stationsstrasse und dem Gsteigweg dürfen LKWs nicht mehr fahren. Auf dem Abschnitt Niederhaus bis Bahnübergang dürfen Autos und Motorräder nicht mehr fahren. Freie Fahrt haben weiterhin die Velos, die E-Bikes und die Mofas, der Bürgerbus und landwirtschaftliche Fahrzeuge. Im Sommer 2019 hat die Sicherheitskommission das Geschäft behandelt und der Gemeinderat hat die Verkehrsmassnahme gerade vor einem Jahr beschlossen. Der Kanton hat seine Zustimmung gegeben, so dass die Verfügung am 31. Oktober 2019 im Amtsanzeiger publiziert werden konnte. So weit so bekannt. Die Beschwerdemöglichkeit beim Regierungsstatthalter ist genutzt worden. Eine Sammelbeschwerde mit 300 Unterschriften kommt aus Trimstein. Sinngemäss wird gefordert, dass alles beim Alten bleibt oder dass alle Trimsteinerinnen und Trimsteiner ein Durchfahrtsrecht erhalten. Insgesamt waren es 309 Personen, welche Beschwerde eingereicht haben. Zum Teil auch wegen kleineren Sachen. Es fand ein doppelter Schriftenwechsel statt. Die Gemeinde und die Beschwerdeführenden haben jeweils auf die Stellungnahme der anderen Seite geantwortet. Dieser Schritt dauerte von Januar bis Mai 2020. Der Regierungsstatthalter hat nachher beschlossen, einen Augenschein durchzuführen. Dieser findet jetzt exakt morgen Dienstagvormittag um 09.00 Uhr statt. Welchem Zweck dieser Augenschein dient, wissen wir nicht im Einzelnen. Pendlerströme kann man um diese Uhrzeit nicht beobachten. Und wie es dann weitergeht, werden wir auch am Dienstag erfahren. Eine Delegation der Gemeinde ist natürlich dort. Seit Ende 2019 liegt das Verfahren also in der Hand des Regierungsstatthalters. Wir setzen uns dafür ein, dass zügig und hoffentlich zu unseren Gunsten entschieden wird.

Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: (Christoph Moser singt das Lied "dr Hansjakobli und ds Babettli" von Mani Matter vor. Der Protokollführer). Ihr habt es herausgefunden. Heute Morgen sind die Türen des neuen Doppelkindergartens Hansjakobli und Babettli in Rüfenacht aufgegangen. Die Türen sind für die

Kindergärteler, für die Kindergärtelerinnen, für die Lehrpersonen und für all jene, welche dort auch noch ein und aus gehen werden, aufgegangen. Es ist nicht nur ein gelungenes Werk, welches dort vollendet wurde. Es ist dermassen eine gute Sache. Geht es einmal anschauen, wenn ihr dann dürft. Ich bin überzeugt, dass sich alle in diesen beiden neuen Kindergärten wohlfühlen werden. Ich bin auch überzeugt, dass auch viel gespielt wird. Sei es drinnen oder draussen, ganz im Sinne von Mani Matter seinem Chanson "Hansjakobli und Babettli".

Wermuth Bruno, Departementvorsteher Bau: Zum Glück hat es seinerzeit, als Mani Matter Komponist war und gedichtet hat, noch keine Kunstrasenfelder gegeben. Ansonsten müsste ich wahrscheinlich schon noch etwas vorsingen hier. Item, ich komme gerade zur Sache. Es geht um das Kunstrasenspielfeld, welches am 26. September 2020 eröffnet wurde. Es konnte pünktlich eröffnet werden, nachdem wir eine Zeit lang drei Wochen Rückstand auf den Zeitplan hatten, weil beim Aushub alte Baumaterialien zum Vorschein gekommen sind, welche man beim Schulhausbau seinerzeit dort deponiert hatte. Es hat dann viele Aufgaben gegeben, da man dies alles sortieren musste. Man hat es vor Ort sortiert und konnte so die Deponiekosten tief halten. Ich gehe davon aus, dass man das Projekt auch im Kostenrahmen, wie er gesprochen wurde, realisieren konnte. Die Zeit von drei Wochen, welche man verloren hatte, konnte man wieder einholen, so dass man eben eigentlich auf Punkt am Donnerstag 24. September 2020, fertig wurde. Am Freitag, 25. September 2020, am Abend konnten die Worber Fussballerinnen und Fussballer noch ein Probespiel machen. Am Samstag und Sonntag war dann die Eröffnung von diesem Sportplatz, wo einerseits der SC Worb ein Meisterschaftsspiel gegen Sternenberg hatte, glaube ich. Sie haben unentschieden gespielt. Die Femina Kickers hatten anschliessend ihr Spiel und haben leider verloren. Aber nichts desto trotz, ist es eine gelungene und eine gute Sache. Ich hoffe, dass die beiden Sportvereine auf dem neuen Kunstrasen gas geben können und sich darauf wohlfühlen.

Ratspräsidentin Büchel-Wampfler Sandra: Bevor ich zu den Mitteilungen aus dem GGR komme, habe ich festgestellt, dass ich mich selber vergessen habe. Ich wollte euch eigentlich heute ein Vorschlag für das Jahresabschlussessen machen. Ich habe dann aber gefunden, dass wir noch zuwarten und schauen, wie sich was entwickelt. Ich denke, es wird dann vielleicht etwas spontan sein. Im Moment etwas zu planen, ist wie Kafeesatz lesen.

## Protokoll der Sitzung vom 7. September 2020: Genehmigung

Sitzung Nr. 398	Datum 12.10.2020	Traktandum 2	Beschlussnummer 2017/21-297	Geschäftsnummer 144	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	------------------------	------------------------

### Detailberatung

Christensen Sven, FDP: Ich möchte einfach mal danke sagen. Ich habe dir immer danke gesagt, wo ich neben dir gehockt bin. Das letzte Mal habe ich gefehlt und habe wirklich einmal das Protokoll studiert und durchgelesen. Es ist also eigentlich noch sehr gut. Ich habe alle Informationen daraus entnehmen können und einfach mal ein Merci von unten nach oben und nicht nur von links oder so. Danke fürs Protokoll.

### Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt die Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

## "Schuldenbremse im Gesetz verankern", Motion der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 398	Datum 12.10.2020	Traktandum 3	Beschlussnummer 2017/21-298	Geschäftsnummer 33050	Archivnummer 21/0
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	----------------------

### Detailberatung

Suter Michael, FDP: Ich mache es wirklich ganz kurz. Es steht eigentlich alles im Vorstoss, was wir verlangt und eingereicht haben. Ich möchte mich einfach zu zwei, drei Punkten äussern, welche in der Antwort vom

Gemeinderat stehen. Insbesondere weist der Gemeinderat in seiner Antwort darauf hin, dass eine Verfassungsänderung kompliziert wäre und es eine Volksabstimmung bräuchte. Er weist dann auch nicht ganz zu Unrecht darauf hin, dass eine solche Schuldenbremse mit erhöhten Quoren die demokratischen Rechte einschränken würde. Ich kann dazu einfach sagen, dass dieser Vorstoss ja in Form einer Motion eingereicht wurde und nicht explizit eine Verfassungsänderung verlangt. Dies entnehme ich zumindest dem Vorstoss, wo die FDP eingereicht hat, nicht. Es wäre also auch eine andere Regelung denkbar. Es heisst einfach gesetzlich verankern. Wo dies der Gemeinderat genau machen möchte, dies ist schlussendlich ihm überlassen. Nachdem, wo ich jetzt gerade gesagt habe, bin ich auch der Meinung, dass man somit nicht von Einschränkungen von demokratischen Rechten sprechen kann. Es ist selbstverständlich so, dass es zulässig sein muss, dass man die Schuldenbremse auch überschreiten kann, wenn es sachliche Gründe dafür gibt. Dann sieht der Vorstoss vor, dass man dies zum Beispiel durch ein erhöhtes Quorum machen kann, dass es dann eine Zustimmung von einer erhöhten Mehrheit im Rat braucht. Wenn jedoch politisch gewollt ist, dass man mehr Schulden macht und zwar durch eine signifikante Mehrheit, dann soll dies weiterhin gestattet sein. Es kann nicht sein, dass man dann einfach den politischen Prozess damit aushebelt. Dies sind zwei Einschränkungen, welche mir wichtig sind, welche ich machen möchte. Weiter müssen wir, denke ich, an dieser Stelle noch gar nicht diskutieren. Der FDP ist es wichtig, dass dies, wo bisher unverbindlich gilt für die Gemeindeverwaltung, irgendwo festgeschrieben wird. Ob die Verfassung der richtige Platz ist, da bin ich selber nicht ganz überzeugt, aber es muss irgendwo in einem Reglement oder in einer verwaltungsverbindlichen Verordnung Niederschlag finden. Daher bin ich nach wie vor der Meinung, dass es die Motion braucht und daher bitte ich euch darum, dies entgegen dem Antrag des Gemeinderates als erheblich zu erklären.

Goetschi Thomas, SP+Grüne: Ich danke der FDP-Fraktion für die Einreichung des Vorstosses. Ich danke auch dem Gemeinderat für die gute und verständliche Beantwortung der einzelnen Punkte. Die Argumente des Gemeinderates überzeugen. Es macht keinen Sinn, das Thema "Einhaltung der Kennzahlen" gesetzlich zu verankern. Der Finanzplan ist nicht verbindlich und ist ein Führungsinstrument des Gemeinderates. Nicht mehr und nicht weniger. Das Thema "Liquidität" hat die Finanzabteilung im Griff und schaut, dass wir wegen der Minuszins-Situation eine nicht zu hohe Liquidität haben. Der Kanton gibt diesbezüglich nichts vor. Die finanzpolitische Reserve ist kein geeignetes Instrument, welches für die Finanzplanung als Zielwert beigezogen werden kann. Die Fraktion SP+Grüne wird den Vorstoss als nicht erheblich erklären.

Fivian Bruno, SVP: Wir waren ja bereits bei den Initianten der Schuldenbremse, welche im 2017 im Parlament war. Jetzt hat sich ja die Situation im Zusammenhang mit dieser Epidemie nicht gerade verbessert. Insofern werden wir den Vorstoss aus diesem Grund unterstützen.

Lädach Markus, Departementvorsteher Finanzen: Ich habe natürlich an der Fraktionssitzung die Konstellation von meiner Partei zur Kenntnis genommen und trage auch ein Verständnis dafür. Wir haben uns die Grenze gesetzt und wollen uns daran halten, aber wir lassen uns auch nicht so gerne einengen schon gar nicht zur aktuellen Zeit. Ich habe probiert, die Gemeindefinanzen etwas anders darzustellen. Es ist einfach ein grosser Topf, welcher grundsätzlich zwei Ausgänge hat. Er hat ein ganz grosses Rohr. Dort geht alles hinaus, wo der Kanton uns aufbürdet. Bei diesem Ausgang hat es praktisch kein Ventil. Dies kann man fast nicht schliessen. Dieser ist gegeben. Dann gibt es einen kleineren Ausgang. Dies sind die Kosten, welche wir als Worber eigentlich beeinflussen können. Dort hat es ein Schieber und ein Ventil. Der Gemeinderat kann noch gerne den Schieber in die eine Richtung schieben, aber auf der anderen Seite ist die Feder dann jedoch die Politik. Den Schieber kann man nur zu machen, wenn man mehrheitsfähig ist. Also läuft auch dort mehrheitlich fast alles hinaus. Was ist enthalten? Enthalten ist die Reserve. Wenn diese einmal leer ist, dann ist sie leer. Dann kann man es noch füllen mit Schulden oder mit Steuern. Wenn wir jetzt in einem Gesetz den Zugang von den Schulden schliessen und die Reserven leer sind, dann bleibt uns eigentlich nichts anderes übrig, als das Tor bei den Steuern zu öffnen. Wenn wir dies jetzt festgehalten haben und es ein Reglement gibt oder noch schlimmer in der Verfassung ist, wie sollen wir uns dann noch bewegen? Und jetzt gerade Corona, Bruno, ich kontere dich hier gerne gerade. Natürlich ist diese Situation schlimmer, aber wenn wir schauen, mit welchen Zahlen wir vom Kanton in der ersten Budgetrunde konfrontiert wurden und jetzt in der zweiten sieht es etwas besser aus und ich denke, im November/Dezember können wir euch ein Budget präsentieren, welches hoffentlich mehrheitsfähig ist, dann sind wir einfach gerade sofort an der Grenze. Dann sind uns die Hände gebunden und wir haben nur noch die Variante Steuererhöhung. Dies ist wieder etwas, was wir auch nicht

wollen. Also muss es dann möglich sein, dass man konstruktive Vorschläge machen und auch wieder diskutieren kann, ob man die Grenze, welche wir haben, verschieben darf. Ich bin auch nicht ein Fan von grossen Schulden. Ich weiss jedoch, dass es Staaten und Volkswirtschaften gibt, welche uns seit Jahrzehnten vormachen, wie sie recht gut mit sehr hohen Schulden leben. Nehmen wir das Beispiel von Japan, dort scheint es zu funktionieren. Ich denke, dort müssen wir eine gewisse Bereitschaft haben, über Varianten zu diskutieren. Dies können wir besser, wenn wir eine gewisse Freiheit haben. Daher bitte ich euch, dem Antrag des Gemeinderates auf nicht erheblich Erklärung zuzustimmen. Ich kann euch insofern sagen, dass ich mindestens von meiner Seite schon ein Interesse habe, dass man vielleicht in einer nächsten Legislaturperiode, sei es der Fall, dass ich noch dabei bin, solche Grenzen versucht festzulegen und zu sagen wo und mit was wir uns messen wollen. Und wie wir mit diesen Grenzen, welche wir uns selber setzten, umgehen. Dann ist dies sicher ein Prozess, welchen wir hier im Parlament diskutieren müssen. Ich möchte beliebt machen, uns nicht an ein zu starres System zu binden.

#### Beschluss:

Die Motion der FDP-Fraktion mit dem Titel "Schuldenbremse im Gesetz verankern" wird mehrheitlich als nicht erheblich erklärt.

#### **"Investitionen 2019", einfache Anfrage der GLP/BDP-Fraktion: Stellungnahme**

Sitzung Nr. 398	Datum 12.10.2020	Traktandum 4	Beschlussnummer 2017/21-299	Geschäftsnummer 33052	Archivnummer 32/0
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	----------------------

#### Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur einfachen Anfrage der GLP/BDP-Fraktion mit dem Titel "Investitionen 2019" wird Kenntnis genommen.

#### **Oberstufenzentrum Worboden, Sanierung Gebäudehülle; Projektierung: Kreditbewilligung**

Sitzung Nr. 398	Datum 12.10.2020	Traktandum 5	Beschlussnummer 2017/21-300	Geschäftsnummer 620	Archivnummer 32/2/8
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	------------------------	------------------------

#### Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

#### Detailberatung

Stöckli Rolf, GPK: Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat, die Bewilligung eines Kredits in der Höhe von 234'000 Franken für die Durchführung eines Studienauftrags zur Sanierung der Gebäudehülle des Oberstufenzentrums Worboden zu behandeln. Sie stellt fest, dass die Vorlage nun viel besser vorbereitet ist. Für die Sanierung der Gebäudehülle lagen bisher zwei Konzepte vor: eines von ANS Architekten und Planer aus dem Jahr 2012 und ein Gegenvorschlag aus dem Jahr 2018, ausgearbeitet von der Bauabteilung. Beide Konzepte können nicht umgesetzt werden. Der Gemeinderat geht deshalb einen Schritt zurück. Im Rahmen der Projektierungsphase will er ein Lösungskonzept evaluieren, das den heutigen Anforderungen Rechnung trägt. Die Kosten des Projektierungskredites von 234'000 Franken basieren auf einer Offerte von ANS Architekten und Planer. Die GPK empfiehlt, das Geschäft im GGR zu behandeln und den Projektierungskredit zu bewilligen.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Es ist mir ein Anliegen, dass wir heute Abend bei diesem Geschäft einen Schritt weiter kommen. Ihr habt den überarbeiteten Bericht und Antrag des Gemeinderates erhalten. Darin sind die Fragen, die im Rahmen der ersten Geschäftsbehandlung gestellt worden waren, beantwortet. Ihr seht, welche Sanierungen bisher gemacht wurden, was sie kosteten und wie die Vorgeschichte des nun vorgeschlagenen Studienauftrags ist. Aus den Gesprächen mit Fraktionen habe ich festgestellt, dass nach

wie vor Fragen im Raum stehen. Es sind dies beispielsweise Fragen zum Wettbewerbskatalog, zu den Kriterien und zu den Vorgaben. Wer macht die Kriterien? Kann das Parlament keinen Einfluss nehmen? Dazu steht im Vortrag des Gemeinderates nichts. Das geplante Vorgehen ist so, dass nach der Kreditbewilligung durch den Grossen Gemeinderat das Departement Bau mit Unterstützung eines externen Unternehmens ein Wettbewerbsprogramm erarbeitet. Dieses enthält die Rahmenbedingungen und die Kriterien, nach welchen die Studienergebnisse später bewertet werden. Kriterien werden beispielsweise die Kosten, das Bauen unter Betrieb, die Energieeffizienz oder die Ästhetik sein. Bei den Rahmenbedingungen wird sicher der Denkmalschutz erwähnt. Genehmigt wird das Wettbewerbsprogramm vom Gemeinderat. Das Wettbewerbsprogramm dient den eingeladenen Unternehmen als Grundlage für ihren Studienauftrag. Das Ziel ist es, das best mögliche Sanierungskonzept zu erhalten. Wir hoffen sehr, dass der Grossen Gemeinderat der Vorlage zustimmt, damit wir bald möglichst starten können. Aufgrund der Rückmeldungen prüfen wir, ob wir euch das Wettbewerbsprogramm zur Kenntnis unterbreiten werden. Ich bitte euch, dem beantragten Kredit zuzustimmen, damit wir mit dem Projekt starten können.

Christensen Sven, FDP: Von Seiten der FDP liegt ein Rückweisungsantrag vor. Für uns steht die Fortsetzung der Sanierung des Oberstufenzentrums ausser Frage. Wir wissen alle, dass es die Fassade nötig hat. Ich weiss das als Architekt und als Vater zweier Kinder. Aber wir wollen nicht die Katze im Sack kaufen. Die Sanierung wird auf acht Millionen Franken geschätzt, mit einem Plus oder Minus von 25 Prozent. Was sie aber beinhaltet, wissen wir nicht. Diese Schätzung ist alt. Seither haben wir ein Energieleitbild. Alle Anforderungen, die man stellt, kosten etwas. Wir wissen nicht, wohin sich die Kosten bewegen. Wir müssen auch bedenken, dass wir bereits Projektierungskosten von ANS in der Höhe von 102'600 Franken haben. Zusätzlich haben wir – darüber schweigt die Botschaft leider – interne Planungskosten in der Bauabteilung bezahlt. Es fehlen uns weiter vertiefende Antworten auf Fragen, die wir gestellt haben. Klar ist, dass 234'000 Franken an drei Büros für einen Studienauftrag bezahlt werden sollen. Was ist in diesem Studienauftrag enthalten? Das wissen wir nicht. Klar ist, dass es drei Büros sein sollen und klar ist, dass die Verfahrensbegleitung samt Jurierung 144'000 Franken kosten werden. Die drei Büros erhalten somit 120'000 Franken. Was gibt es dafür? Ein schönes Projekt, ein teures Projekt, eine neuartige Fassade, ein umsetzbares Projekt, ein preiswertes Projekt, ein energieoptimiertes Projekt, ein ökologisches Projekt, ein weitsichtiges Projekt und, und, und? Das sind alles Fragen, die wir uns stellen. Darum haben wir diesen Rückweisungsantrag geschrieben. Wir wollen diesen Kriterienkatalog sehen, bevor wir den Hauptauftrag auslösen. Mir ist schon bewusst, dass wir dort eigentlich nicht mitreden können. Wir möchten sehen, was wir erhalten. Bruno, du hast einiges schon angesprochen. Bleiben wir am Erscheinungsbild treu oder nicht? Was soll alles saniert werden: Fassaden, Lüftung, Leitungen? Welches Energieleitlabel wollen wir? Gibt es Minergie, gibt es Minergie P? Wie wird die Denkmalpflege miteinbezogen? Wie wird die Politik und die Bevölkerung miteinbezogen? Wie ist das Zeitprogramm? Das möchten wir sehen. Für die Erarbeitung des Kriterienkatalogs reicht ein Kredit von 20'000 Franken. Das ist die Forderung unseres Rückweisungsantrages: einen Kriterienkatalog erarbeiten im Rahmen von 20'000 Franken. Anschliessend können wir starten. Uns ist bewusst, dass dies das grösste Projekt in den nächsten zwei bis drei Jahren sein wird. Ich als Architekt und ich als Politiker haben das Recht zu wissen, was gemacht werden soll. Deshalb hoffe ich, dass ihr unseren Rückweisungsantrag unterstützen werdet.

Jost-Pfister Catarina, GLP/BDP: Für die Fraktion GLP/BDP ist wichtig, dass die Sanierung in einer greifbaren Zeit umgesetzt wird. Die Sanierungsvorschläge aus den Jahren 2012 und 2018 sind so nicht umsetzbar. Für mich gehen wir heute Abend nicht einen Schritt zurück. Es ist ein Schritt vorwärts. Es soll vorwärts gehen. Für uns ist der Vorschlag von Bruno, dass wir über das Wettbewerbsprogramm informiert werden, ein gangbarer Weg. Wir wollen diese Transparenz. Wir wollen am Schluss nicht einfach vor Tatsachen gestellt werden. Wir sagen ganz klar ja zum Kredit.

Marthaler Matthias, SP+Grüne: Inhaltlich ist im vorliegenden Kreditantrag nicht wirklich viel mehr zu finden als in den zurückgewiesenen Unterlagen. Deshalb ist dir, Bruno, die Fraktion SP+Grüne sehr dankbar, dass du dir am letzten Mittwoch Zeit genommen hast, unsere Fragen zu beantworten. Allerdings erkennen wir nach wie vor nicht, wo die Prioritäten des Gemeinderates liegen. Ist das Erscheinungsbild oder die energetische Sanierung im Fokus. Weil bis zum heutigen Zeitpunkt schon recht viel Geld investiert worden ist und wir voran kommen sollten, sind wir gewillt, dem Kredit zuzustimmen. Die Zeit drängt. Um unnötige Umwege zu verhindern, erwarten wir vom Gemeinderat, dass er den Spielraum mit der Denkmalpflege im Voraus klärt. Zudem sollten die Prozesse möglichst breit abgestützt sein. Zum Schluss erwarten wir vom Gemeinderat, dass der

Grosse Gemeinderat in die Programmgestaltung eingebunden wird. So können wir sicherstellen, dass ein mehrheitsfähiges Projekt entsteht und wir am Ende ohne grosse Überraschung über die finanziellen Mittel werden abstimmen können. Bevor wir aber nun dem vorliegenden Projektierungskredit zustimmen, bitte ich aufgrund einer neuen Ausgangslage um einen Sitzungsunterbruch, damit wir uns in der Fraktion besprechen können.

Stucki Simon, SVP: Ich vertrete zwei verschiedene Meinungen, eine persönliche und jene der Mehrheit der Fraktion. Ich persönlich werde das Projekt ablehnen, weil ich es als zu kompliziert beurteile. Das hat folgende Gründe: Es handelt sich nicht um einen Neubau, sondern es ist ein bestehendes Gebäude, das seit 2017 von der Denkmalpflege als erhaltenswert eingestuft wird. Darum sehe ich praktisch keinen Spielraum für eine Fassadenanpassung. Das führt zu der bereits von Sven angesprochene Frage: Warum hat die Bauabteilung eine Studie mit einer veränderten Fassade für 130'000 Franken erarbeitet, ohne vorher eine Abklärung mit der Denkmalpflege vorzunehmen? Ich kann mir das Projekt in einem einfachen Rahmen vorstellen. Es gibt neue Auflagen. Die bereits bestehende Studie müsste mittels einer bauphysikalischen Studie an die neuen Vorschriften angepasst werden. Anschliessend müsste das Gespräch mit der Denkmalpflege stattfinden. Von ihr müsste eine verbindliche Zusage vorliegen. Anschliessend könnte man schon eine Ausschreibung machen. Das vorgeschlagene Vorgehen ist viel zu kompliziert und wird deshalb auch teuer. Die Mehrheit unserer Fraktion wird dem vorgeschlagenen Studienauftrag zustimmen. Sie verlangt aber, dass folgende Punkte berücksichtigt werden: Die Investitionskosten und der Lebenszyklus sind als Kriterien ins Wettbewerbsprogramm beziehungsweise dessen Zielvorgaben aufzunehmen. Die Jury ist mit einer finanzkompetenten Person zu besetzen. Der Studienauftrag sollte klar formuliert werden. Der Gemeinderat sollte sich hier verpflichten, konkrete Anforderung auch in Bezug auf die Kosten zu formulieren.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Die Kostenschätzung mit einer Bandbreite anzugeben, ist normal. Von Seiten der FDP-Fraktion wurde behauptet, auf Fragen ihrerseits sei nicht eingegangen worden. Im Rahmen der ersten Behandlung des Geschäfts im Grossen Gemeinderat sind von Seiten der FDP keine konkreten Fragen gestellt worden. Zudem ist es nie möglich, in einer Botschaft an den Grossen Gemeinderat auf jede denkbare Frage eine Antwort zu geben. Ich bin aber der Meinung, dass wir in der Botschaft die zentralen Fragen beantwortet haben. Erwähnt wurde auch die Denkmalpflege. Es ist auch uns klar, dass wir bei der Bestimmung der Kriterien die Denkmalpflege im Boot haben müssen. Die Kreditkompetenz des Gemeinderates von 150'000 Franken ist ausgeschöpft. Die Planungsarbeiten von ANS im Jahr 2012 kosteten 120'000 Franken. Für das Projekt der Bauabteilung beliefen sich die Kosten auf 30'000 Franken. Weshalb wurde Aufwand für das Vorprojekt der Bauabteilung aufgewendet, obwohl die Denkmalpflege das Gebäude als erhaltenswert einstuft? Diese Frage kann man sich schon stellen. Es hat uns im Prozess weitergebracht. Dieses neuartige Projekt der Bauabteilung zeigte uns, dass es mehr Möglichkeiten gibt, als nur eine Sanierung der bestehenden Fassade. Sobald der Kriterienkatalog erstellt ist, werden wir euch die Gelegenheit geben, Stellung zu nehmen. Es ist eine massive Sanierung, die viel Geld kosten wird. Das muss fundiert durchdacht sein. Das Ziel des Wettbewerbs ist ein Projekt, das vom Erscheinungsbild, energetisch, im Betrieb und von den Kosten her überzeugt.

(Der Antrag von SP+Grüne auf eine Sitzungsunterbruch wird grossmehrheitlich gutgeheissen. Ratspräsidentin Sandra Büchel gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 20:25 bis 20:30 Uhr. Der Protokollführer.)

Beschluss zum Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 24 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für die Durchführung eines Studienauftrages zur Sanierung der Gebäudehülle des Oberstufenzentrums Worboden wird ein Projektierungskredit von 234'000 Franken bewilligt; betroffen ist das Konto 374.5040.05 der Investitionsrechnung.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

**"Parkplatzgestaltung Hofmatt", einfache Anfrage der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme**

Sitzung Nr. 398	Datum 12.10.2020	Traktandum 6	Beschlusnummer 2017/21-301	Geschäftsnummer 33051	Archivnummer 33/20/4
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur einfachen Anfrage der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Parkplatzgestaltung Hofmatt" wird Kenntnis genommen.

**Kommunale Energiepolitik; Reglement über die Spezialfinanzierung Nachhaltigkeit im Energiebereich (SNE): Genehmigung**

Sitzung Nr. 398	Datum 12.10.2020	Traktandum 7	Beschlusnummer 2017/21-302	Geschäftsnummer 925	Archivnummer 35/60
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	------------------------	-----------------------

Der Gemeinderat zieht das Geschäft zurück.

**Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Prüfung einer Ganztageschule für Worb"**

Sitzung Nr. 398	Datum 12.10.2020	Traktandum 8	Beschlusnummer 2017/21-303	Geschäftsnummer 33322	Archivnummer 16/43
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

"Der Gemeinderat wird gebeten, für die Gemeinde Worb die Einführung einer Ganztageschule zu prüfen. Begründung: In der Gemeinde Worb wurden die Plätze in den bestehenden Tagesschulen in den vergangenen Jahren stetig erhöht. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll mit qualitativ guten Angeboten noch besser gefördert werden. Für Familien mit hohem Betreuungsbedarf bedeuten Ganztageschulen einen Mehrwert, denn sie ermöglichen eine höhere Konstanz in der Betreuung. Der Besuch der Ganztageschule ist freiwillig. In diesen Schulen halten sich die Schülerinnen und Schüler von Montag bis Freitag für den Unterricht sowie auch für die Betreuung in demselben Klassenverband und in eigenen Räumlichkeiten auf. Die Betreuung erfolgt durch konstante Betreuungsteams. Die Schule wird zum Lern- und Lebensort. Dies ermöglicht es, interessante pädagogische Konzepte, Projektarbeit oder Aufgabenbetreuung in einer Gesamtkonzeption zu machen. Ziel ist es, dass die Schule als Lern- und Lebensort an Attraktivität gewinnt und für verschiedene Anspruchsgruppen geeignete Formen der Bildung und Betreuung anbieten kann. Ganztageschulen als Teil der Volksschule leisten zudem einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit und Integration. Ganztageschulen sind eine konsequente Weiterentwicklung der Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Bern und Köniz besteht dieses Angebot bereits und wird, dank grosser Nachfrage, weiter ausgebaut. Auch andere Agglomerationsgemeinden haben bereits mit der Planung von Ganztageschulen begonnen. Für berufstätige Eltern ist eine Ganztageschule ein grosser Standortvorteil."

Sandra Büchel-Wampfler  
Präsidentin

Jürg Bigler  
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 9. November 2020

Jürg Bigler  
Sekretär